



Anfrage Meyer Jörg und Mit. über die Auswirkung der verzögerten IPV-Auszahlung auf Gemeinden usw.

eröffnet am 30. Januar 2017

Aufgrund des budgetlosen Zustandes können keine Prämienverbilligungen an Personen mit ordentlichem Anspruch ausgerichtet werden. Davon sind rund 77 000 Personen betroffen. Aufgrund des Referendums der SVP gegen die Steuerfusserhöhung kann dieser Zustand bis Mai dauern.

Bei Betroffenen kann dies zu finanziellen Engpässen führen und den Gang zum Sozialamt auslösen. Entsprechend müssen eventuell vor allem die grösseren Gemeinden mit erheblichem Mehraufwand rechnen. Bei ausstehenden Prämienzahlungen drohen Betreibungen durch die Krankenkassen. Dies führt zu einem Eintrag auf der Liste der säumigen Prämienzahler, wodurch medizinische Leistungserbringer nur noch zu Notfallbehandlungen verpflichtet sind, wenn ohne sofortige Behandlung erhebliche gesundheitliche Schäden oder der Tod zu befürchten sind. Jeder einzelne Sozialdienst muss aufwendig Fragen zu einer allfälligen Bevorschussung klären oder Verhandlungen über Betreuungsaufschub mit Krankenkassen führen.

Daraus ergeben sich folgende dringliche Fragen an den Regierungsrat:

1. Aufgrund der gesetzlichen Grundlagen, des notwendigen Abwartens der Referendumsfrist beziehungsweise des sich abzeichnenden Referendums zeichnete sich die IPV-Problematik ab. Wann haben sich der Regierungsrat, das zuständige Departement oder die Ausgleichskasse das erste Mal mit dieser Problematik befasst? Wurden die Gemeinden einbezogen oder vororientiert? Welche Massnahmen wurden wann und wie geprüft? Warum wurden keine Massnahmen umgesetzt, nach Alternativen gesucht oder vorsorgliche Lösungen eingeleitet?
2. Welche rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten zur Unterstützung der Betroffenen haben die Gemeinden und Sozialdienste?
3. Mit welchen konkreten Auswirkungen und welchem Mehraufwand haben die Gemeinden und Sozialdienste zu rechnen (z. B. Schätzungen zusätzliche WSH-Gesuche, Beratungen, Kostenfolgen usw.)? Ist der Kanton bereit, die Gemeinden für allfälligen Mehraufwand zu entschädigen oder sich daran zu beteiligen?
4. Welche Auswirkungen ergeben sich für die Liste der säumigen Prämienzahler? Mit welchen zusätzlichen Einträgen und mit welchem Mehraufwand bei den entsprechenden Stellen muss gerechnet werden?
5. Welche Möglichkeiten gibt es, um eine ordnungsgemässe medizinische Versorgung der Betroffenen weiterhin zu gewährleisten, damit diese nicht unverschuldet massiv eingeschränkt wird?
6. Gibt es gemeinsame Bemühungen zwischen Kanton, Gemeinden (VLG), AHV-Ausgleichskasse, Krankenkassen, Leistungserbringern? Wenn ja, welche Ergebnisse haben diese ergeben? Welche Rolle hat der Kanton bisher übernommen?

7. Ist die Regierung bereit, sich zum Beispiel durch eine zentrale Koordination und Unterstützung für die Gemeinden und Sozialdienste noch stärker zu engagieren (Kontakt und Vereinbarungen mit Krankenkassen und Leistungserbringern, Instrumente oder Hilfsmittel für Sozialdienste usw.).

Meyer Jörg

Pardini Giorgio

Odermatt Marlene

Agner Sara

Sager Urban

Schneider Andy

Candan Hasan

Meyer-Jenni Helene

Budmiger Marcel

Roth David

Ledergerber Michael

Fanaj Ylfete

Mennel Kaeslin Jacqueline

Zemp Baumgartner Yvonne

Fässler Peter

Truttmann-Hauri Susanne